

Krakauer Zeitung.

Donnerstag, den 14. Februar

1860.

Nr. 36.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrk., mit Versendung 5 fl. 25 Mrk. — Die einzelne Nummer wird mit 7 kr., für jede weitere Einrichtung 3½ Mrk.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mrk. — Unterhalt Beiträge und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung.“ Aufsendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 38.314. Kundmachung.

Die Gutsbesitztum von Saybusch hat sich im Zwecke der Gründung einer Triivalschule in Ujsol [Wadowice Kreises] verbindlich gemacht, das gesammte zum Baue des Schulhauses erforderliche Holzmaterial am Stocke unentgeltlich auszuholzen und zur Behebung der Schule jährlich 6 Klafter weichen Holzes am Stamme ohne Entgelt anzugeben. Doch behielt sich die gedachte Gutsbesitztum das Recht vor, die letztere Holzabgabe nach Gutdünken zurückzuziehen.

Die Gemeinde Ujsol dagegen hat in demselben Zwecke mittelst rechtsförmiger Dotationsurkunde nachstehende Verbindlichkeiten übernommen:

- Zum Unterhalte des Lehrers alljährlich 210 fl. Österreichischer Währung beizutragen;
- ein angemessenes Schulhaus zu erbauen, dasselbe stets im guten Stande zu erhalten, die Schuleinrichtungsstücke anzuschaffen und für die Schulsäuberung Sorge zu tragen;
- die von der Herrschaft zugestrichenen 6 Klafter Holz unentgeltlich zu fällen und zuzuführen.

Im Falle die Herrschaft dieses Brennholz vermeiden sollte, will die Gemeinde Ujsol die 6 Klafter aus eigenem ankaufen und zuzuführen.

Diese anerkennenswerten Leistungen im Zwecke der Förderung des Volksschulwesens werden zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Von der k. k. Landes-Regierung.

Krakau, am 14. Jänner 1860.

Amtlicher Theil.

Krakau, 14. Februar.

Ein Pariser Correspondent der „N. Z.“ bezeichnet folgendes als den wesentlichen Inhalt der Depesche des Herrn Thouvenel vom 31. Jänner an die österreichische Regierung. Der Minister beginnt mit einem Rückblick auf die Politik Frankreichs seit dem Frieden von Villafranca und stellt dar, dass diese Politik dem Inhalte des Vertrages gemäß gewesen sei. Frankreich habe alles mögliche aufgeboten, die Bevölkerung Mittel-Italiens zur Wiederaufnahme ihrer Füßen zu bewegen, doch sei Alles umsonst gewesen. Die Missionen des Herrn v. Kleist, des Fürsten Poniatowski und des Herrn Tavel werden als Belege dieser Politik angeführt. England mache nun neue Propositionen, die erwogen zu werden verdienst. Frankreich verlangt keine Mitwirkung von Seiten Österreichs, aber die Umstände fordern zu einer Entscheidung auf. Der Annexation Mittel-Italiens an Piemont liege eine monarchische Idee zu Grunde. Wenn man diese unberücksichtigt lasse, so könne eine Anarchie entstehen, die für die ganze Welt und auch für Frankreich Gefahren mit sich führen würde. Daher nun ein Aufruf an die Weisheit und Charakterstärke des Kaisers Franz Joseph. Frankreich rechnet dergestalt auf diese Jugend, dass es keinen Anstand nimmt, die englischen Propositionen schon heute Russland und Preußen mitzuteilen. Diese Depesche, fügt derselbe hinzu, ist mit entschiedenem Tatenredigirt. Sie hat dem Minister die spezielle Belobung des Kaisers Napoleon verschafft, der erklärt haben soll, nie so gut verstanden worden zu sein als dieses Mal.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Entschließung vom 1. Februar d. J. dem Polizei-Ober-Kommissär, Philipp Rosi in Verona, in Anerkennung seiner treuen Hingabe und Verdienlichkeit während der letzten Kriegswoche in Italien, das Ritterkreuz Allerhöchstes Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. Jänner d. J. den Pfarrer von Laborez-Vesyla und Vic-Archidiakon von Nagy-Mihály, Alexander Fabian, zum Domherrn des Griechisch-katholischen Domkapitels zu Münzberg allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten

Handschriften vom 9. Februar d. J. dem Med. & Chir. Dr. Bernhard Matuska, in Anerkennung ihrer eifrigen Sorgfalt und erfolgreichen in den bezüglichen Spitälern den im letzten Kriege verwundeten Offizieren und Soldaten geleisteten ärztlichen Hilfe das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 7. Februar d. J. dem Ober-Bundarzle, Jacob Sturz, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Bernhardt Nr. 16, bei dessen als realinvalid erfolgenden Übernahme in den wohlverdienten Ruhestand, in Anerkennung seiner belobten vorzüglichen Dienstleistung, das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. Februar d. J. dem Gemeinde-Beschäftiger, Jakob Stiboller zu Edelschrott in Steiermark, in Anerkennung seines vielseitigen verdienstlichen Werks für die Kirche und Schule, durch den Tractat von 1815 festgestellten Gebiets-Arrangements Italiens, unter anderem folgendermassen geführt hat: „Indessen ist das was geschah, durch Verträge getrieben, und dieser Vertrag ist die Charte, kraft deren die gegenwärtige Gebietsvertheilung Europa bestellt.“

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. Februar d. J. allergnädigst anzuordnen, dass dem Diurnisten des Subpriorates zu Zyno-Wassalija, Franz von David, für seine bei dem am 20. November v. J. zu Zyno-Wassalija an den Tag gelegte aufopfernde und erfolgreiche Thätigkeit der Ausdruck des Allerhöchsten Zustiehens bestellt gegeben werde.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster Instanz in Gyula im Großwardeiner Bezirk angekündigt, die Überweisung der noch unerledigten Agenden derselben an das Urbartialgericht erster Instanz in Arad und Aktivierung dieser Maßregel vom 1. März d. J. Allerhöchst zu genehmigen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1. Februar d. J. die Auflösung des Urbartialgerichts erster

Berathungen der Krakauer Vertrauens-Commission über die zu entwerfende Landgemeinde-Ordnung, XVIII. und XIX. Sitzung vom 13. und 14. Jänner 1860.

Nachdem die Commission in den letzten Sitzungen die Bestimmungen über das Verhältnis des Gutsgebietes zur Dorfgemeinde festgestellt hat, schritt sie zur Berathung über jene Paragraphen des Entwurfes, welche von den Gutsgebieten handeln und zur Discussion noch nicht gelangt sind.

Zum Paragraph 5 und beziehungsweise statt des 2., 3. und 4. Absatzes desselben dann zum §. 7 in Verbindung mit dem §. 113 brachte ein Vertrauensmann mit Rücksicht auf die bereits gefassten Beschlüsse der Commission, nachstehende Stylistur der selben in Antrag:

§. „Das Gutsgebiet wird, wenn es sich auch auf mehrere Ortsgemeinden erstrecken sollte, in polizeilicher und administrativer Beziehung als ein Ganzes angesehen, vorausgelebt, daß einer solchen Zusammenziehung eine größere Entfernung der einzelnen Gebietetheile nicht im Wege steht.“

Bei der Einführung der Gemeindeordnung entscheidet über diesen Gegenstand die Landesstelle, über künftig sich ergebende Änderungen wird die Kreisbehörde nach Einvernehmen und über Antrag des Bezirksgemeindeamtes entscheiden.“

§. „Einzelne, in Bereiche der Dorfgemeinde begleitete zum Gutsgebiete gehörige Grundstücke verbleiben unter der polizeilichen Administration des Gutsbesitzers, infosfern diesfalls nicht ein anderes Uebereinkommen mit der Dorfgemeinde stattfindet.“

Ebenso unterstehen die im Bereich des Gutsgebietes gelegenen, der Dorfgemeinde als solcher oder den einzelnen Dorfgemeinde-Gliedern angehörenden Grundstücke in rein polizeilicher Beziehung der Obrigkeit des Gutsbesitzers. Nichtsdestoweniger bewahren jedoch die Eigentümer dieser Grundstücke alle Rechte und Verbindlichkeiten gegenüber der Dorfgemeinde, zu welcher sie Rücksicht genommen werden wird.“

Der in der Reihe folgende, die Bezirksgemeinden betreffende §. 20 des Entwurfes wurde mit folgender Formulierung angenommen:

„Zu Leistungen für Bezirksgemeinden sind nicht einzelne Bewohner, sondern die Gutsgebiete, die Dorfgemeinden und sonstige in der Dorfgemeinde befindlichen Eigenschaften u. z. nach Maß des gemeinsamen Zweckes und Nutzens verpflichtet.“

Der nächste auf diesen Gegenstand bezügliche §. 52 des Entwurfes erlitt nachstehende Änderung:

„Die Bezirksgemeinde wird durch einen Gemeindvorsteher und durch den Bezirksgemeinderath vertreten.“

Der §. 53 wurde formulirt:

„In Städten und Märkten, welche für sich eine Bezirksgemeinde bilden und deren Befugnisse ausüben, wird der Vorstand nach denselben Grundsätzen gewählt, welche in dieser Beziehung bei den Dorfgemeinden festgestellt worden sind.“

Die Commission schritt hierauf zur Discussion über die §§. 54 und 55, enthaltend die Bestimmungen über Wahl der Bezirksgemeinde-Vertretung.

Ein Vertrauensmann bemerkte, daß vor Allem festzustellen wäre, wer das aktive Wahlrecht in der Bezirksgemeinde auszuüben hat; ferner bemerkte dieser

Referent bemerkte, daß kein gesetzlicher Grund vorhanden ist, hinsichtlich der Inklaven der Dorfgemeinde ganz gegenständige Verfügungen von denen zu treffen, die hinsichtlich der Inklaven des Gutsbesitzers bestehen sollen und daß, wenn eine vollständige Reziprozität nicht beobachtet werden wolle, die im Paragraph 113 des Entwurfes beantragten Bestimmungen anzunehmen wären.

Nach einer längeren Discussion ist die Commission dem Antrage des Vertrauensmannes durch Stimmenmehrheit beigetreten.

Nach der hier auf vorgenommenen Berathung über den §. 48 erlitt dessen erster Absatz nachstehende Änderung:

„Den Eigentümern und lebenslänglichen Nutznießern der Gutsgebiete stehen auf ihren Territorien und auf jenen, welche ihrer Polizeigewalt unterstehen, in allen öffentlichen Angelegenheiten dieselben Rechte und Verbindlichkeiten zu, welche den Vorständen der Dorf- oder der Stadtgemeinde eingeräumt sind.“

Dem zweiten und dritten Absatz dieses Paragraphen, dann den §§. 49, 50 und 51, trat die Commission einstimmig bei.

Da hier nach der Abschaffung über die Gutsgebiete geschöpft und geschlossen wurde, schritt die Commission zur Berathung der Bestimmungen bezüglich der Collectiv-Gemeinden.

Ein Vertrauensmann bemerkte, daß die Definition der Collectiv-Gemeinden, wie solche beim §. 2 des Entwurfes in der Sitzung vom 7. December 1859

von der Commission festgestellt wurde (siehe Krakauer Zeitung 3. 239 ex 1859), noch einer Ergänzung bedarf, indem sieblos die Bestimmung enthält, daß die Bezirksgemeinden aus Dörfern, Märkten und den

der Städte-Ordnung nicht unterliegenden Städten zusammengestellt werden, während doch, wie es auch im §. 8 des Entwurfes vorgedacht ist, es solche Märkte und Städte geben könne, welche selbstständig und ohne deren Zusammenstellung mit Dörfern, eigene Bezirksgemeinden bilden könnten.

Der Sprecher stellte demnach den Antrag auf nachstehende Änderung in der Textirung des von der Commission angenommenen §. 2.

„Für freien Verwaltung der inneren Gemeindeangelegenheiten und zur Beförderung der öffentlichen Geschäfte werden Bezirksgemeinden errichtet und aus Dörfern zusammengestellt.“

Ferner bemerkte Referent, daß es sich mit der Würde der Seelsorger nicht vertragen würde, wenn sich dieselben an den oft nur zu sehr bewegten Wahl-

sorgfältigste Ermittelung herausgestellt, kein Schütze war. Dass er aber bei dem Raubmord beihilft war, dafür sprach seine aufgefundene Dose. Wen aber anders durfte er zu seinem Gehilfen und Werkzeug aussehen haben als seinen Bruder, mit dem er heimlich verkehrte und der so viele verdächtige Zeichen seiner Mitschuld von sich gegeben? — Aber ein Geständnis fehlte! Auch die Confrontation schlug fehl. Der ältere Bruder beschuldigte den jüngern geradezu des Mordes. Er sagte ihm in's Gesicht, daß er seine überreichte Mittheilung nur benutzt hätte, um die That zu vollführen und dann auf ihn zu wälzen. Er behauptete, daß ihm Gabor die Dot gestohlen und dort verloren haben müsse, um ihn vollends zu verderben. Gabor seineswerts blieb auf all diese Beschuldigungen ruhig und gelassen. Er klagte nicht den Bruder als Mörder an; er sagte nur mit seiner weichen, klagenden Stimme: „Das hab' ich nicht um dich verdient, Franz! Gott mag richten!“ Und so hart der junge Naggy auch von seinem ältern Bruder angegriffen und als der allein Schuldige dargestellt worden, als beide abgeführt wurden, warf er ihm doch einen Blick voll Liebe und Zärtlichkeit zu, als wollte er sagen: „Sieh, du hast mir bitter wehe gethan und ich schweige doch!...“ Aber gerade dies ruhige, gegen seinen Bruder so schonende Auftreten des jungen Burschen, sowie sein ganzes Benehmen während der Untersuchung mußte gegen einen von beiden sprechen. Und wenn

nun der ältere Bruder den Raubmord allein vollführte, allein geschossen hatte, trotz seiner Unfertigkeit im Schießen? War denn die Entfernung so weit? Trißt nicht oft selbst ein schlechter Schütze das Ziel? Nachdem er den Raub verborgen — grübelte der Assessor weiter — und sich im Bilde herumgetrieben, mag er erst von der Verhaftung seines Bruders gehört haben, dann mag in ihm der Gedanke aufgestiegen sein, diesem, der an seiner Verhaftung, wenn auch wider Willen, schuld, den Raubmord zuzuwälzen —

Es blieb kein anderes Mittel, als die List zu Hilfe zu nehmen. Die Tortur ist abgeschafft, aber einen Gefangenen sicher machen, durch einen Mitgefangenen auszuhorchen lassen, das ist erlaubt; die allgemeine Sicherheit geht allen Rücksichten voran. So entschloß sich der Assessor, scheinbar die Sache bis auf weiteres zu vertagen, bei erster Gelegenheit aber einem der Brüder einen Mitgefangenen zu geben, der sie ausholen sollte.

Diese Gelegenheit fand sich.

Ein herrenloser, dem Trunk ergebener Jäger wurde eingekettet, der bei einer Schlägerei einen Menschen verletzt und sich bei seiner Verhaftung gegen die Beamten ungewöhnlich betragen hatte. Es war ein lieberliches, verkommenes Subject. Namentlich hatten ihn seine Schlägereien schon oft vor die Schranken des Gerichts geführt, wirkliche Verbrechen waren ihm bisher noch nicht zur Last gelegt worden, obwohl man ihn

handlungen beobachten möchten und daß auch das Interesse der Kirche nicht erheischt, damit die Seelsorger in dem Rathskörper der Bezirksgemeinde besondere Vertreter haben, zumal alle Angelegenheiten, welche das materielle Interess der Kirche als die Erhaltung der Gebäude und dgl. betreffen, und bei dem Bezirksgemeindeamt zur Verhandlung kommen, vorschriftsmäßig jedesmal im Einvernehmen mit den betreffenden Curaten behandelt werden können.

Bei der Abstimmung, welche nach längerer Discussion stattfand, haben sich für den Antrag 7, gegen denselben 3 Vertrauensmänner ausgesprochen.

Die Frage, wer das Wahlrecht in der einfachen Bezirksgemeinde auszuüben hätte, wurde nach dem im Entwurfe §§. 8 und 33 diesmal festgehaltenem Grundsatz gelöst, wonach in Städten und Märkten, welche eine eigene Bezirksgemeinde bilden, der dem Bezirksgemeindeamt zustehende Wirkungskreis auf den Ortsvorstans übergeht.

Hierauf nahm ein Vertrauensmann das Wort, und bemerkte, daß um das öffentliche Leben unseres Landes zu wecken, welches unter den gegebenen Verhältnissen sich im Scheine der Bezirksgemeinde zu entwickeln hat, das Streben dahin gerichtet sein müsse, thunlich viele Elemente der Intelligenz in den Wahlkörper und den Bezirksgemeinderath einzuführen.

In Absicht auf die Erreichung dieses Ziels stellte der Sprecher den Antrag, damit zu den obbezeichneten drei Klassen der Wähler auch noch aufgenommen werden:

4. Personen jeden Standes, welche ein jährliches Einkommen von mindestens 1000 fl. auszuweisen vermögen, so wie

5. Jene, welche jährlich eine Einkommensteuer im Betrage von wenigstens 50 fl. ohne Zuschläge entrichten.“

Referent bemerkte, daß keine rechtlichen Gründe dafür sprechen, den hier erwähnten Personen ein Stimmrecht, welches nur Gemeinden oder Gutsgebieten zu steht, zu ertheilen, zumal diese Personen bereits als Ortsgemeindemitglieder mittelbar, d. i. mittelst ihrer Ortsvorsteher, einen Einfluss auf die Wahl der Bezirksgemeinde-Vertretung üben.

Der Antrag ad 4 wurde mit 7 Stimmen gegen 3, der ad 5 einstimmig, vor einem Vertrauensmann jedoch mit der Bedingung angenommen, daß diese Personen nur dann das Stimmrecht ausüben sollen, wenn sie in keinem Dienstverhältnisse stehen, somit eine unabhängige Existenz genießen.

Bezüglich der Bestimmungen über die Art der Ausübung des Stimmrechtes einigte sich die Commission auf die Aufnahme nachstehenden §. in das Gesetz.

§. „Die Eigentümer und lebenslängliche Nutznießer der Gutsgebiete stehen auf ihren Territorien und auf jenen, welche ihrer Polizeigewalt unterstehen, in allen öffentlichen Angelegenheiten dieselben Rechte und Verbindlichkeiten zu, welche den Vorständen der Dorf- oder der Stadtgemeinde eingeräumt sind.“

„Dagegen können die mit Rücksicht auf ihr jährliches Einkommen oder auf die von ihnen entrichteten Steuern stimmberechtigten Personen das Stimmrecht nicht ausüben, wenn sie Frauenpersonen sind, unter der Vormundschaft oder Curatel stehen, oder wegen eines Verbrechens, Vergelgens oder Übertretung zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt wurden.“

„Hinsichtlich der Ausübung der Körperschaften und Institute gelten die Bestimmungen des §. 26 des Entwurfes.“

Zum §. 54 stellte ein Vertrauensmann den Antrag auf folgende Formulierung derselben:

„Die Wähler ernennen durch absolute Stimmenmehrheit den Vorsteher der Bezirksgemeinde, und wählen aus ihrer Mitte 12 Bezirksgemeinderäthe.“

Referent wendete gegen diesen Antrag ein, daß es einerseits unzulässig wäre, wenn nicht jeder Gutsbesitzer und jede Dorfgemeinde, in deren Interesse zunächst die Berathungen und Beschlüsse der Bezirksgemeinde-Vertretung abzuhalten und gefaßt werden, daß der Seelsorger als solche in Folge ihres höheren geistlichen Berufes weder in einem Wahlkörper, der sich mit der Constituierung eines politisch-administrativen Amtes befaßt und noch weniger in den Gemeinderath selbst

gehören können.

Bei der Abstimmung trat jedoch die Kommission dem Antrage bei. Ein Vertrauensmann stimmte aber mit dem Beifügen für den Antrag, daß den bei

stark im Verdacht der Wilddieberei hatte; seiner Schlauheit war es stets gelungen, seinen Verfolgern zu entkommen. Er hatte in neuester Zeit wieder ein wildes Leben geführt, viel Geld ausgegeben und mußte gewiß in seinen Wilddiebereien ausgezeichnetes Glück gehabt haben.

Der Jäger war von mittlerer Größe, stark und breitschulterig, und wenn nicht der Alkohol seine Augen ausgebrannt und sein Gesicht aufgedunsen hätte, wäre er ein hübscher, stattlicher Mann gewesen, den jeder Gutsherr gewiß gern zum Förster gebraucht hätte. War er nüchtern, so gab er sich von einschmeichelnd-freundlichem Wesen und zeigte eine Bildung und geistige Gewandtheit, die einzunehmen wußte. Sobald er aber auch nur ein Glas getrunken hatte, fuhr der Dämon der Zank- und Streitsucht in ihn; er fand dann in jedem Worte seines Tischnachbars eine Beleidigung und ruhte nicht eher, als bis seine Faust mit den Schädeln einiger Bauern Bekanntschaft gemacht hatte. Freilich wurde es ihm auch ebenso oft vergolten und gezaubert, wie er den Arm in der Binde.

Der Assessor hatte kaum von der Verhaftung des Jägers gehört, als er diesen Mann augenblicklich am geeignetesten für seine Pläne hielt und sich darin auch nicht täuschen sollte. Er verhandelte deshalb allein mit ihm und las ihm zunächst die gegen ihn selbst gerichtete Anklage vor.

Der Jäger wollte wie immer betrunken gewesen

4 und 5 bezeichneten Personen nur das Stimmrecht nicht aber auch das Wahlrecht (passive Stimmrecht) zustehen soll.

Österreichische Monarchie.

Wien, 13. Febr. Se. Majestät der Kaiser haben anzuordnen geruht, daß in Hinkunft Generale von Diensteswegen, dann Stabs- und Oberoffiziere auf eigenes Ansuchen in den Disponibilitäts-Stand versetzt werden können. Ferner ist bis zur Einbringung der durch die Armee-Reduction entstandenen Supernumerären allen jenen activen Offizieren, welche wegen der eingetretenen friedlichen Verhältnisse und wegen Einstellung des Avencements es vorziehen, ihr Fortkommen im Civilstande zu suchen, die Charge-Quittirung ohne Beibehalt des Militär-Charakters, gegen Abfertigung mit einer zweijährigen Gage für den Fall gestattet, wenn jene Bedingungen erfüllt sind, unter welchen die Charge-Quittirung überhaupt stattfinden kann.

Dieser Tage sollte die Innsbrucker Handelskammer Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog-Stallhalter ein Promemoria überreichen, worin die Gründe für eine bessere Vertretung des Bürgerstandes auf dem Landtage, als sie in dem Landesverfassungs-Entwurfe des ständischen Ausschusses beantragt ist, dargelegt werden.

Deutschland.

In Preußen ist, wie die „Kreuztg.“ vernimmt, binnen kurzem der Erlass einer neuen Kirchenverfassung zu gewähren.

Frankreich.

Paris, 9. Februar. Ritter Nigra hat gestern und heute fast den ganzen Morgen mit dem Kaiser konferirt. Auch Graf Arcey soll an der Besprechung Theil genommen haben. Der Kaiser, heißt es, neige dazu, in Toscana eine allgemeine Abstimmung vornehmen zu lassen, aber ohne alle gouvernementalen Einwirkungen. Nach anderem hätte er mit dem russischen Gesandten von einem neuen Project gesprochen, das aber Piemont schwerlich acceptiren würde, nämlich von der Berufung eines lediglich von den fünf Großmächten gebildeten Kongresses, der die italienischen Angelegenheiten ordnen und seine Beschlüsse gegen Ledermann durchführen solle. Der Brief des Papstes wird nicht ohne Wirkung sein; daß aber wegen dieses Briefes die „Indépendance“ mit Beschlag belegt wäre, wie man meinte, ist falsch. Der Grund war eine telegraphische Depesche des Blattes, welche meldete, daß Graf Chambord an den Papst geschrieben und von ihm eine Antwort erhalten habe. Man mache dem Journal auch einen Vorwurf aus der Nachricht, daß man in Rom daran denke, gegen Victor Emanuel die große Excommunication zu verkünden. Die Thatache ist richtig und kann doch groÙe Folgen haben, da sie vielleicht zu einer Suspension des Gottesdienstes führt. Wie aus Rom verlautet, würde nicht nur der König von dieser Strafe betroffen werden. Der Bericht der „Indépendance“ über die Unterhaltung verschiedener Bischöfe mit dem Kaiser ist nicht vollständig. Einer der Prälaten ist in seiner Ursprache sehr weit gegangen, und als man sich trennte, war es durchaus nicht in Freundschaft und Eintracht. In Betreff Savoyens und Nizza's ist man auf der ganzen Linie in vollem Rückzuge. — Personen, welche dem Brauergottesdienst für die Großherzogin Stephanie in Nizza beigelehnt haben, tadeln lebhaft die bei dieser Gelegenheit an den Tag gelegte Unachtsamkeit der städtischen Behörden, obwohl die Großherzogin in Nizza sehr beliebt war. Man will bemerk haben, daß die hohe Frau in der letzten Zeit seltener nach Paris kam; ja, daß sie nicht mehr in den Tuilerien logiret wollte. Ihre Freimüthigkeit gegen Ledermann hatte sie in derselben Weise bewahrt, wie ihren politischen Scharfsinn. So ist es denn auch kein Geheimniß, daß sie mit der von ihrem kaiserlichen Neffen befolgten Politik nicht ganz einverstanden war. Aus den letzten Tagen der Fürstin ergählt man sehr merkwürdige Neuigkeiten. — Der Kriegsminister hat an die Divisions-Generalen ein Cirkular erlassen, wonach alle beurlaubten, zur italienischen Armee gehörenden Offiziere, Unteroffiziere, Tambours u. s. w. nach Ablauf ihres Urlaubs nicht mehr in ihre Corps-Depots, sondern nach Italien zurückgesetzt werden sollen. Zwei sardinische Artillerie-Offiziere sind, mit einer militärischen Sendung beauftragt, in Paris angelommen. Diese Sendung hat die Prüfung

sein und von der Sache nichts wissen, die man ihm zur Last legte —

„Sie wissen, das hilft Ihnen nichts“, entgegnete der Assessor, „es ist jetzt das vierte mal!“ Er nahm dabei eine bedenkliche Miene an —

„Drei Monat, nicht?“ fragte der Jäger und blinzelte dabei listig mit den Augen —

„Nein! So leichten Kauf kommen Sie diesmal nicht davon!“ entgegnete der Assessor mit einem Lächeln über die Ruhe des Angeklagten. „Es ist der vierte Fall! Eine lebensgefährliche Wunde, und unter einem Jahre kommen Sie nicht davon!“

„Das wäre stark!“ entgegnete der Jäger und blickte dem Assessor ungläubig ins Gesicht. Als er aber den Ernst des Richters gewahrte, seckte er hinz, auf seinen Arm weisend: „Man hat mich doch ordentlich appretiert! Ich behalte zeitlebens einen steifen Arm, wie der Chirurg gesagt!“

„Wie können Sie nur den Trunk nicht aufgeben, der Sie noch einst zum Mörder machen wird!“

Der Jäger fuhr erbebend zurück. Dann sagte er ruhiger: „Herr Assessor, Sie sollten meine guten Wünsche wissen! ich habe schon tausendmal das erste Glas verschlafen!“

Bei dem unverbesserlichen Trunkenbold waren ferne Ermahnungen nicht angebracht. Der Assessor ging daher auf seinen Plan über, gab sich den Anschein, als läse er noch einmal in den Akten, und

der hiesigen Kanonifabrikation zum Gegenstande. Sie werden demnach alle Kanonengießereien von Frankreich besuchen. Es ist gesagt wo den, die Redaktion des „Siclé“ beabsichtige dem Bischof von Orleans, Msgr. Dupanloup, einen Prozeß zu machen, weil er in seinem Briefe über Msgr. Rousseau das „Siclé“ ein Blatt ohne Ehre genannt hat. Darauf wird jetzt bemerkt, daß der Staatsrat zu einem solchen Prozeß erst seine Einwilligung geben müßte. — Der Rurale-Gode, welcher im Staatsrathe ausgearbeitet wird, soll 124 Artikel in vier Kapiteln enthalten. Der erste Artikel stellt als Grundlage des ganzen Projekts auf, daß die Rurale-Güter der Hauptzolle nach den Bestimmungen des Code Napoleon unterworfen sein sollen. Das erste Kapitel betrifft die Servituten, die Grenzen und Einfriedigungen, die Beplantungen, das Weiderecht usw. Letzteres kann in einem ganzen Departement oder in einem Theile durch Beschuß des Generallrats aufgehoben werden, wenn dieser vom Kaiser und vom Staatsrathe genehmigt ist. Das zweite Kapitel handelt von den Strafen und Wegen; das dritte von der Rentpacht. Das letzte, aus 26 Artikeln bestehend, ist sehr wichtig und betrifft die Verwerthung, den Betrieb usw. des ländlichen Besitztums. Der Code schließt mit einem Kapitel über die Viehkrankheiten und die schädlichen Thiere. — Auf Bericht des Finanz-Ministers hat der Kaiser decretirt, daß die Postverwaltung in Algerien künftig von der Verwaltung der Schatzkammer gesondert und unter dem Minister Algeriens und der Kolonien stehen soll. — Die auf gestern angefechtene Versteigerung des Lamartineschen Gutes Monceau hat nicht statt finden können, weil nicht Ein Gebot abgegeben wurde. — Der Advocat Emile Olivier, welcher vom Kaiserlichen Gerichtshofe zu Paris zu einer Disciplinarstrafe verurtheilt worden, hatte die Competenz des Gerichtshofes bestritten, ist aber mit dieser Beschwerde jetzt vom Cassationshofe abgewiesen worden. — Der Capitain Chou vom untergegangenen Duguesclin ist zwar gerichtlich von aller Schuld an jenem Schiffverlust freigesprochen, jetzt aber aus der Marine verabschiedet worden.

Der Bischof von Poitiers, Msgr. Pie, hat die letzte päpstliche Encyclique mit einem Commentare begleitet, welcher den Präfector des Wiener-Departements veranlaßte, dem Bischofe zu bemerken, daß er sich gezwungen sehe, darüber an die Regierung zu berichten. Der Bischof erwiderte, daß er bereit sei, nach Vincennes (ins Gefängnis) zu wandern. Der „Constitutionnel“ bringt einen Artikel seines Haupt-Redakteurs, in welchem er erklärt, er halte es nach den ihm von allen Seiten zugebenden Berichten über die durch den Brief des Bischofs Dupanloup an das „Siclé“ und durch den beharrlichen Entschluß dieses Blattes, das Dokument den Gerichten zu überweisen, hervorgerufen beklagenswerthe Wirkung nicht für angemessen, die durch einen solchen Streit veranlaßte gereizte Stimmung noch zu steigern. Aus diesem Grunde nehme er Anstand, die von ihm erwartete Antwort in seiner Pariser Ausgabe zu veröffentlichen. In der für die Departements bestimmten Ausgabe veröffentlicht er jedoch den ersten Theil dieser Antwort. Mit einer gewissen Bitterkeit sagt er, daß der harte Tadel, welchen der Bischof von Orleans über seinen Vorgänger Rousseau ausgesprochen, den ganzen Klerus trifft, und bemerkt, daß die berühmtesten Prälaten der französischen Kirche nicht ermangelt haben, dem Souverain und den Ministern zu schmeicheln und von ihnen Titel, Würden und Geld zu erbitten.

Italien

Aus Turin vom 6. Februar wird geschrieben: Die verwitwete Frau Herzogin von Genua, bekanntlich eine königl. Prinzessin von Sachsen, welche seit ihrer Wiederverheirathung dem hiesigen Hof fern geblieben war, ist die letzten Tage in ihrem hiesigen Palast, einem Flügel des königl. Schlosses, abgestiegen. Sämtliche Minister beeilten sich derselben ihre Aufwartung zu machen. Bei dem heute Abends stattfindenden Hoffest wird sie die Honneurs machen und dann den König auf seiner Reise nach der lombardischen Hauptstadt begleiten.

Man fürchtet in Turin noch immer einen Einbruch der neapolitanischen Armee in die Marken. Auch sollen die französischen Truppen in Mailand hierauf bezügliche Vorbereitungs-Befehle erhalten haben. Nach der Emilia und nach Tosca sind wieder, wie „Opinione“

sagte dann: „Sie besuchen wohl die Scholtei zu Polzin? Es ist das zweite Mal, daß Sie dort verhaftet werden!“

„Oje Scholzenfrau ist mit mir verwandt!“ entgegnete der Jäger mit einiger Betonung —

„Und Sie besuchen sie oft?“

„D ja — Nein —“ entgegnete der Jäger verlegen.

„Wenn Sie oft ihre Verwandten besuchen, waren Sie vielleicht am Tage des Raubmords in der Schenke und haben Sie die beiden Naggy's gesehen?“

„Nein! Wer kann das sagen? Mit keinem Bitt bin ich hingekommen!“

„Wer kann das sagen? Sie sollen es bald sagen können! Sie dürfen als schwerer Verbrecher nicht mehr im Erdgeschoss bleiben und doch ist oben keine Zelle leer! Ich werde Sie zum jungen Naggy sperren müssen! Sie sind ja jetzt nüchtern und daher friedliebend.“

„Zu dem, Herr Assessor? — Einem — Raubmörder —!“

„Noch nicht, Törpe“ — so hieß der Jäger — entgegnete der Assessor ruhig. „Sie werden das ja bald finden, wenn Sie mit ihm eine Unterhaltung anknüpfen!“

„Er sitzt ja deshalb mitsamt dem Bruder; alle Leute warten täglich aufs Urteil!“

„Das geht nicht so rasch! Aber vielleicht können Sie sich nützlich machen und das würde ihrer Strafe zugute kommen! Sie sind ein gewandter, gescheiter

und „Independent“ melden, vier piemontesische Regimenter geschickt. Dem genauer „Corriere mercantile“ vom 4. Februar zufolge soll der Effektivbestand der französischen Regimenter in Italien auf 2000 Mann gebracht werden, welche Höhe sie noch nicht erreichen. Die französische Armee würde auf diese Weise eine Verstärkung von 15,000 Mann erhalten und auf eine Stärke von 50,000 Mann gebracht werden. Es ist zu bemerken, daß der Effektivbestand während des letzten Halbjahrs in Folge von Typhus und Fieberkrankheiten um mehr als 6000 Mann vermindert worden ist. Die beiden Bataillons des zweiten in Genua liegenden Linien-Regimentes haben Befehl bekommen, sich zum Abmarsch bereit zu halten, und man glaubt, daß sie für ein zu Pizzighettone zu errichtendes Lager bestimmt sind. Die Militair-Intendantur in Genua und die übrigen Verwaltungs-Corps sind aufgefordert worden, anzusehen, ob ihr Material in feldtückigem Zustande ist.

Gavour soll eine bessere administrative Einheit

des sardinischen Königreichs, namentlich was die

Lombardei betrifft, im Sinne haben. Das Königreich

soll in fünf Gouvernements getheilt werden, und zwar

mit den Sizien Turin, Chambery, Cagliari, Genua

und Mailand. Dadurch würde Mailand seine vorige

Stellung als Hauptstadt der Lombardie wieder ein-

nehmen.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Rußland.

Auf Antrag des Feldmarschalls Fürsten Baryatin-ski hat Se. Maj. der Kaiser von Russland verordnet, daß bis zum Erlass eines Gesetzes, welches die Rechte aller Classen der kaukasischen Bergvölker feststellt, die Individuen aller unterworfenen Stämme als Freimil-lige in die regulären Truppen sollen eintreten dürfen, aber mit der Verpflichtung, vier Jahre als Unteroffi-ciere zu dienen.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

stellten am 6. Febr. ihre Arbeiten ein, weil ihnen

die verlangte Lohn erhöhung verweigert wurde.

Die in den Mailänder Druckereien Beschäftigten

3. 10668. Edict. (1330. 2-3)

Vom Krakauer k. k. städtisch-delegirten Bezirksgerichte wird hiermit dem im Auslande unbekannten Ortes sich aufhaltenden Hrn. Carl Karwacki bekannt gegeben, es habe wider ihn Frau Eufrosine Ujejska hiergerichts unterm 28. Mai 1858 d. 3753 eine Klage auf Zahlung eines Darleihens von 187 fl. EM. richtiger 137 EM. f. N. G. angestellt, worüber die summarische Verhandlung eingeleitet wurde.

Dem Belangten ist ein Curator ad actum in der Person des Landes-Advokaten Dr. Machalski mit Substitution des Landes-Advokaten Dr. Zyblikiewicz bestellt, und mit diesem der Rechtsstreit durchgeführt worden. Die Prozessacten wurden unterm 2. Juli 1859 d. 3. 5554 verzeichnet und liegen zur Entscheidung vor.

Es wird demnach mittelst gegenwärtigen Edictes der Belangte aufgefordert binnen 60 Tagen vom Heutigen gerechnet anher anzugeben ob es bei dem Umstand als ihm die Klage de präs. 28. Mai 1858 d. 3753 nicht gehörig zugestellt wurde um eine neue Tagfahrt zur Verhandlung des Rechtsstreites anlangen oder aber der Vertheidigung des Curators beitreten wolle, widrigens das Letztere angenommen und sohn zur Schöpfung des Urtheils geschritten werden würde.

Krakau, am 26. Jänner 1860.

N. 2481. Concurs-Kundmachung. (1336. 2-3)

Im Bereich der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau ist eine Forstraktantenstelle mit dem Taggelle von 1 fl. ö. W. zu besetzen.

Die gehörig belegten Gesuche sind unter Nachweisung der bestandenen Staatsprüfung für den selbstständigen Forstverwaltungsdienst, und Kenntnis der polnischen oder doch einer slavischen Sprache, bis 15. März l. J. bei der Finanz-Landes-Behörde in Krakau einzubringen.

Krakau, am 4. Februar 1860.

N. 2705. Kundmachung. (1328. 1-3)

Seit Anfang Jänner d. J. sind in preuß. Schlesien nur zu Beneschau und Jaschkowiz neue Ausbrüche der Kinderpest vorgekommen, dagegen ist dieselbe zu Groß-Neundorf, Peiskretscham, Ostrompa, Ciochowiz, Oscheidt und Beilau vollständig erloschen.

In denselben Zeitabschnitte haben sich in Nieder-Österreich Erkrankungen an dieser Seuche neun in Wien und in Baumgarten Bezirk Hietzing, B. U. W. W. ergeben.

Seit dem Ausbruch der Kinderpest in Nieder-Österreich sind in 7 Orten bei einem Viehstande von 7795 Stücken, in 15 Höfen 55 Stücke erkrankt, hievon 10 gefallen und 45 erschlagen worden, nebstbei wurden noch 107 als neben verseuchten gestanden zu Genüge geschlachtet.

Diese Mittheilungen werden hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Von der k. k. Landes-Regierung.

Krakau, am 1. Februar 1860.

3. 17547. Edict. (1331. 1-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird bekannt gemacht, es habe Franz Drozdowski hiergerichts ein Ge- such unterm präs. 19. November 1859 d. 17547 wider die liegende Masse nach Eugen Chrząstowski — Josef Friedlein, Graf Adam Potocki und wider den dem Leben und Wohnorte nach unbekannten Stanislaus Przybylski zu Nachweisung, daß die von denselben auf den zu Gunsten der Eugen Chrząstowskischen Masse bei der k. k. Landeshauptkasse als dem h. g. Depositentamte erliegenden Beträgen pr. 30 fl. 46 kr. EM. und 519 fl. EM. f. N. G. erwirkten Verbote bereits gerecht fertigt sind oder in der Rechtfertigung schweben, überreicht worüber mit dem h. g. Bescheide vom 9. Jänner 1860 d. 3. 17547 dem Josef Friedlein, Graf Adam Potocki und Stanislaus Przybylski aufgetragen wurde, daß dieselben jene Nachweisung binnen 14 Tagen liefern, widrigens neue Verbote als nicht gerechtfertigt aufgehoben werden würden.

Da dem Gerichte der Aufenthaltsort des Stanislaus Przybylski nicht bekannt ist, so wird denselben auf seine Gefahr und Kosten Hr. Advokat Dr. Blitzfeld mit Substitution des Hrn. Advokaten Dr. Geissler zum Curator bestellt, und dem Ersteren jener Bescheid zugestellt.

Wovon Stanislaus Przybylski mittelst dieses Edictes mit dem Besache verständigt wird, zur rechten Zeit die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Curator mitzuteilen oder einen anderen Sachwalter zu ernennen und dem k. k. Landesgerichte anzugeben, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen indem derselbe sich die aus Verabsäumung entstehenden Folgen selbst bezumessen haben wird.

Krakau, am 9. Jänner 1860.

N. 1420. Ankündigung. (1333. 2-3)

Am 21. Februar 1860 wird von Seiten der k. k. Kreisbehörde die dritte Licitationsverhandlung wegen Sicherstellung der im Unternehmungswege auszuführenden Kirchen- und Pfarrbauten zu Myslenice um 10 Uhr Vormittags in der dortigen Magistratskanzlei stattfinden, wobei auch schriftliche vorschriftsmäßige ausgefertigte, vor dem Beginn der Licitation überreichte Offerten angenommen werden.

Der Austragspreis beträgt 4624 fl. 10 kr. öst. W. und das vor dem Beginne der Licitation durch jeden Unternehmungslustigen zu erlegenden Badium 230 fl. öst. Währ. im Baaren oder in Staatspapieren.

Weitere Bedingungen so wie die betreffenden Baupläne, Voranschriften und Kostenüberschläge können jederzeit bei

der k. k. Kreisbehörde, oder auch bei der Licitationsverhandlung eingesehen werden.

Bon der k. k. Kreisbehörde.

Wadowice, am 27. Jänner 1860.

N. 2118. Licitations-Ankündigung. (1327. 2-3)

Vom Magistrate der k. k. Hauptstadt Krakau wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß zur Sicherstellung des im laufenden Jahre für die Kazimierz Israelitengemeinde erforderlichen Ostermehls, dessen Bedarf ungefähr auf 12000 Maß (das Maß mit 5 Pf. 25% Roth Wiener Gewichts) sich beläuft, am 20. Februar l. J. im Amtslocate des Kazimierz Israeliten-Gemeinde-Comitis um 10 Uhr Vormittags eine Versteigerung abgehalten werden wird.

Der Austragspreis beträgt 14 kr. ö. W. für Ein Pfund Wiener Gewichts. Das Badium beträgt 525 fl. ö. W. Schriftliche Offerten werden auch bis zum Abschluß der mündlichen Licitationsverhandlung angenommen. Die Licitationsbedingungen können in der Amtskanzlei des Kazimierz Israeliten-Gemeinde-Comitis eingesehen werden.

Krakau, am 6. Februar 1860.

N. 38119. Kundmachung. (1335. 2-3)

Zur Besetzung der Brunnenarztenstelle in dem im Sandecer Kreise gelegenen Kurorte Szczawnica, mit welcher eine jährliche Bestallung von Bierhundert Gulden öster. Währ. aus dem Kurfonde verbunden ist, wird bis 15. März d. J. der Concurs ausgeschrieben.

Die Bewerber um diesen prov. Dienstposten haben sich über ihr Alter über die an einer inländischen Lehranstalt erworbene Fähigkeit zur Ausübung der Arzneikunde, über die Kenntnis der deutschen und polnischen Sprache, ihre etwa bereits geleistete Dienste auszuweisen, und ihre gehörig belegten Gesuche mittelst der k. k. Kreisbehörde ihres Wohnortes oder, wenn sie schon bedient sind, mittelst ihrer unmittelbar vorgesehenen Obrigkeit bei der k. k. Landes-Regierung einzubringen.

Von der k. k. Landes-Regierung.

Krakau, am 4. Februar 1860.

N. 505. Kundmachung. (1325. 2-3)

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß im Monate Mai d. J. in dem zur Grundherrschaft Tuchów gehörigen Walde in der Erde vergraben 61 Stück verschiedene Silbermünzen, dann 10 W.-Pfund verschiedene Kupfermünzen, sämmtliche alte Gepräges gefunden wurden, deren Eigentümer bis nun unbekannt ist.

Wer hierauf einen Anspruch macht, wird aufgefordert, denselben binnen einem Jahre vom Tage dieser Kundmachung hiergerichts anzumelden und auszuweisen, widrigens nach fruchtloser Verstreichung dieser Frist, diese Fund nach §. 392 L. G. W. behandelt werden würde.

Vom k. k. Bezirksamt.

Tuchów, am 31. December 1859.

N. 1026. Kundmachung. (1322. 2-3)

Zur Sicherstellung der Materialien und Arbeiten für den neu herzustellenden Eichen-Posten-Belag auf der Rabaschlüsse Nr. 24 in Proszówkwi wird in Folge des Landes-Regierungs-Erlusses vom 21. Jänner l. J. d. 3. 38325 eine Licitations- und Offerten Verhandlung am 16. I. Mts. in der Kreisamtskanzlei abgehalten werden. Der Fiscaalpreis dieser Reparatur beträgt 866 fl. 89 kr. ö. W.

Hiezu werden alle Unternehmer mit dem Besache eingeladen, daß die Licitations-Bedingungen in der Kreisamtskanzlei jederzeit eingesehen werden können. Schriftliche gehörig ausgefertigte und mit dem 10% Badium belegte Offerten müssen vor Beginn der mündlichen Verhandlung übergeben werden.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Bochnia, am 1. Februar 1860.

Intelligenzblatt.

Die Direction des Tenczyneker Bräuhauses

und der amerikanischen Dampfmühle

macht hiermit dem geehrten interessirten Publicum bekannt, daß deren Hauptagent in Krakau

Herr Leo Huss

zur Annahme der Bestellungen und zum Detail-Verkauf der

Tenczyneker Preßhefe

ermächtigt ist. (1319. 1-3)

Kundmachung. (1304. 3)

Das Propinations-Recht

auf der 6 Du.-Meilen großen Herrschaft

NISKO.

Rzeszower Kreises in Westgalizien, welches in den Gemeinden:

Jezowe, Kamień, Mazarnia, Nisko, Nowosielec, Plawo, Przyszów und Steinau,

dann die Attinenzen:

Bardze, Burdzy, Chyli, Kołodzieje, Malce, Moskale, Podwolina, Prusotty, Swoly, Warchole, Zaracawice,

mit einer Bevölkerung von circa 15,000 Seelen, in 23 herrschaftlichen

Einkehr- und Schank-Häusern

ausgeübt wird, kommt für die Zeit vom 1. Juli 1860 bis Ende Juni 1863 im Offertwege zur Verpachtung.

Die diesfälligen Offerte müssen bis 15. März 1860, 12 Uhr Mittags, bei der Gutsverwaltung zu Nisko

überreicht werden, und mit einem Badium von 600 fl. öst. W. versehen sein den Pachtshilling für ein Jahr in Bissen und Buchstaben deutlich ausgedrückt und die Erklärung enthalten, daß dem Pächter die Pachtbedingungen, welche bei der Gutsverwaltung zu Nisko zu jeder Zeit eingesehen werden können, genau bekannt sind.

Auch können Offerte auf einzelne Objekte oder mehrere derselben gemacht werden, welche mit einem verhältnismäßig Neugeld versehen sein, und das zu pachtende Objekt genau bezeichnen müssen.

Da dieses Propinations-Recht mit der Verbindlichkeit des Bierbezuges aus dem Niskoer herrschaftlichen Bräuhaus, oder auch ohne derselben verpachtet werden kann, so hat jedes Offerte die Anbote für beide Fälle zu enthalten, weil von dem Resultate dieser Offertverhandlung die Beibehaltung oder Auflösung als bestehenden Bräuhauspachtvertrags bedingt ist.

Nisko, am 29. Jänner 1860.

Licitations-Ankündigung.

Die Güter-Direction von Izdebaik macht bekannt, daß der herrschaftliche

Maierhof Rudnik

mit einer Area von beidufig:

105 Joch Äcker, (1303. 2-3)

10 " Wiesen,

3 " Weide,

für die Zeit von 1. Juli 1860 bis Ende Juni 1866, also auf 6 Jahre, in Pacht überlassen wird.

Pachtlustige werden eingeladen

am 5. März 1860 Vormittags

in der Directions-Kanzlei zu Izdebaik zu erscheinen, wo die Versteigerung mittelst Offerten stattfindet.

Izdebaik, am 1. Februar 1860.

Frühere Biehung.

Das gefertigte Bankhaus bringt hiermit zur Kenntnis, daß die zweite Biehung der

Ösner Wulhens-Lose anstatt wie laut Spielplan am 15. April,

sich am 1. März d. J. erfolgt.

Dieses Unternehmen besteht aus nur 50,000 Stück Theisschuldverschreibungen und ist mit Gewinnsten

fl. 40,000 — 30,000 — 20,000 &.

ausgestattet. — Niemand gibt es hierbei keine, jedes Los muß gezogen werden und man erhält für ein solches im ungünstigen Falle

fl. 60 — 70 — 75 — 80 zurück.

Wien, im Jänner 1860.

J. G. Schuller & Comp.

am Hof Nr. 329.

(1259. 8-14) In Krakau sind diese Lose bei Hrn. J. F. Fischer zu haben.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Barom. Höhe in Parall. Einst. G. Raum. m.	Temperatur nach Reuchigkei der Luft	richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Ergebnisse in der Erde	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tages m. n. bis
13 2	329' 29	- 30	99	West schwach	Schnee	- 76 - 30
10 10	29 45	- 55	92	" "	Schnee	69 - 69 25
14 6	29 38	- 58	89	" "	trüb	60 75 60 75

Wiener-Börse - Bericht

vom 11. Februar.

Öffentliche Schuld.